

# USA: Antifa terrorisiert Städte, Medien verharmlosen Gewalt



Von MANFRED W. BLACK | Ende letzter Woche haben Linksextremisten in Portland (US-Bundesstaat Oregon) bei Auseinandersetzungen zwischen tausenden von Anhängern und Gegnern des amerikanischen Präsidenten einen Unterstützer Donald Trumps erschossen. Als der Tod auf den Straßen Portlands verkündet wurde, war die Reaktion vieler linker „Demonstranten“ eindeutig. In einer Lautsprecherdurchsage bei einer nächtlichen Versammlung der „Antifa“-Szene hieß es: „Die Person, die gestorben ist, (...) war ein verdammter Nazi. (...) Lasst uns den Müll auslöschen.“ Die Reaktion der „protestierenden“ Massen: Sie grölten und jubelten.

## **Antifa beherrscht BLM-Bewegung**

Diese Szenen in den USA verdeutlichen die Brutalität der aktuellen Gewaltorgien. Die bürgerkriegsähnlichen Unruhen stellen die Gewalttaten weit in den Schatten, die vor drei Jahren anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg für kurze Zeit Schlagzeilen gemacht haben.

Amerikanische und deutsche Medien zitieren dazu gerne links orientierte Politiker aus den Reihen der Democratic Party, die hierzulande immer noch gern als „liberal“ bezeichnet wird, die aber in großen Teilen längst von radikalen, grünlinken Funktionären beherrscht wird.

So lässt die Wochenzeitung *Die Zeit* jetzt erneut Joe Biden ausführlich zu Wort kommen, der in verlogener Weise behauptet, Donald Trump – im fernen Washington – habe die lokale „Gewalt jahrelang geschürt“. Damit wird absurderweise der Präsident zum Hauptschuldigen erklärt. Obwohl klar ist, dass die vermeintlichen „Rassenunruhen“ in aller Regel von lokalen links-extremistischen „Antifa“-Gruppierungen gesteuert werden. Im Namen einer ominösen „Black Lives Matter“-Bewegung (BLM).

Schon mehr als drei Monate lang „gibt es in US-Städten, die von der Demokratischen Partei regiert werden, Zustände wie in einem Bürgerkrieg: Militante, deren erklärtes Ziel die Abschaffung der Polizei ist, ziehen Nacht für Nacht marodierend durch die Innenstädte“, schreibt *haolam.de*. Die massenhaften Gewalttaten sind zumeist geplant und koordiniert.

In Chicago beispielsweise wurden 49 Polizisten verletzt, als sie in einen geplanten Hinterhalt gelockt worden waren. Gewalttäter hatten eine Statue von Christoph Kolumbus stürzen wollen. Polizeibeamte, die das verhindern wollten, wurden mit angespitzten Kunststoffrohren, gefrorenen Getränkedosen, Flaschen und Sprengkörpern attackiert.

### **Unter den Opfern sind auch viele Polizisten**

Nicht weit weg von Chicago sind zwei Menschen erschossen worden, als es zu gewalttätigen Protesten „gegen Polizeigewalt“ in der Stadt Cicero kam. „Mindestens 60 Menschen wurden festgenommen“ (*web.de*). Darüber berichteten neben den regionalen TV-Stationen auch nationale Fernsehsender wie *CNN*, *NBC* oder *CBS*. In der Stadt kam es zu zahlreichen Plünderungen – besonders von Geschäften, obwohl laut *NBC* zur Verstärkung des kommunalen Cicero Police Departments große Einheiten der State Police des Bundesstaates Illinois im Einsatz waren, unterstützt durch viele Polizisten der bezirklichen Cook County Sheriff's Police.

Zugleich wurden im US-Bundesstaat Missouri die Gewaltaktionen

in St. Louis von den linken US-Medien, die die dortige veröffentlichte Meinung beherrschen, immer wieder beschönigend als „Proteste“ bezeichnet. Vier Beamte sind von Schüssen getroffen worden. Die BLM-Bewegung „erklärte“ die Gewaltorgien lange Zeit damit, dass sie die Antwort darauf darstellten, dass der schwarze George Floyd durch die Polizei zu Tode gekommen ist. Dass Floyd ein Berufskrimineller gewesen ist, wird wohlweislich verschwiegen.

In Portland gibt es seit rund 100 Tagen praktisch jede Nacht schwere Ausschreitungen und Brandstiftungen. „Seit mehr als drei Monaten gibt es in US-Städten, die von der Demokratischen Partei regiert werden, Zustände wie in einem Bürgerkrieg: Militante, deren erklärtes Ziel die Abschaffung der Polizei ist, ziehen Nacht für Nacht marodierend durch die Innenstädte“ (*haolam.de*). Offensichtlich geht es längst nicht mehr um Floyd und die Schwarzen generell. Linksextremisten haben den gesamtgesellschaftlichen Kampf angesagt, die Macht der jetzt regierenden Republikaner soll mit Gewalt zerstört werden. Der Todfeind dabei heißt Donald Trump. Verhasst sind ebenfalls dessen Anhänger – insbesondere die in der Partei der Republikaner.

### **Linke Medien in Deutschland verharmlosen Ausschreitungen als „Proteste“**

Die linken Medien – die nicht nur in der Bundesrepublik dominieren, sondern auch in den USA – sprechen sehr selten von „Ausschreitungen“, wenn Bewaffnete dazu übergehen, Polizisten anzugreifen und Gebäude – darunter auch schon mal ein Polizeirevier – unbarmherzig abfackeln. Ein Journalist des amerikanischen Rundfunknetzwerks *NPR*, das rund 800 regionale Radiosender mit nationalen Programmteilen versorgt, erklärte kürzlich im Hinblick auf die schweren Unruhen von Portland, der Begriff „Ausschreitungen“ sei als „rassistisch“ abzulehnen. Er wolle lieber von „nächtlichen Protesten“ sprechen.

In Kenosha im Bundesstaat Wisconsin stand ein *CNN*-Reporter während eines Live-Berichts vor ausgebrannten Autos. Die eingeblendete Schlagzeile lautete verniedlichend: „Hitzige, aber zumeist friedliche Proteste nach Polizeischüssen.“

Auch *tagesschau.de* verharmlost die Gewaltexzesse. Die deutschen öffentlich-rechtlichen Redakteure behaupteten am Sonntag in ihrem Nachrichten-Text allen Ernstes: „Trump entsandte Bundespolizisten nach Portland, um die Proteste einzudämmen.“ Bloße „Proteste“? Im selben Beitrag ist immerhin zu lesen, dass bei den „Demonstrationen“ ein Mensch ums Leben gekommen ist.

Fast durchgehend ist auch in den allermeisten anderen deutschen Mainstream-Medien von „hitzigen“ und „nächtlichen Protesten“ die Rede, wenn über verletzte Menschen sowie verbrannte Autos und Gebäude berichtet wird. Die Bürger in Deutschland werden nicht genau darüber informiert, dass es diese Art von „Demonstrationen“ seit Juni keineswegs nur in Portland und Kenosha gegeben hat, sondern auch in Atlanta, Saint Louis, Seattle, New York City, Minneapolis, Chicago, Oakland, Denver, Washington, D.C., Philadelphia, Trenton, Atlantic City, Boston, Louisville, Bakersfield, Columbus, Dallas, Des Moines, Detroit, Los Angeles, Sacramento, Phoenix und San José.

### **Der Hass auf die Polizei wird auch von Teilen der „Demokratischen Partei“ geschürt**

Der Hass des Mobs richtet sich nicht nur gegen die Polizei als Institution. Auch einzelnen führenden Polizeigewerkschaftsfunktionären ist vor deren Privathäusern mit Mord gedroht worden. Der Hass gegen die Polizei wird auch von großen Teilen des Establishments der Demokratischen Partei geschürt. Etliche Parteiführer in verschiedenen Metropolen haben sich mit der militanten Bewegung solidarisiert, die die Polizei zumindest in großen Teilen abschaffen will.

Bezeichnend dafür ist eine Formulierung, die der afroamerikanischen Politikerin Ilhan Omar, einer auch für ihren Antisemitismus berüchtigten demokratischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses aus Minneapolis, per Video nachgewiesen worden ist: Sie bezeichnete die Polizei bei einer Rede vor ihren Anhängern als „Krebsgeschwür“. Wörtlich erklärte die linke Kongress-Abgeordnete: „Wenn wir es also zerlegen, dann werden wir diesen Krebs los.“ Von diesen Äußerungen hat sich auch der Präsidentschaftskandidat der „Demokraten“, Joe Biden, nicht klar distanziert.

### **Statt Polizisten zukünftig Sozialarbeiter und Psychologen?**

Mittlerweile hat der von den „Demokraten“ beherrschte Stadtrat von Minneapolis beschlossen, die Polizei abzuschaffen. Laut *Wall Street Journal* sollen Polizeibehörden zukünftig durch „Friedensbeamte“ und eine „Behörde für Gemeinschaftssicherheit und Gewaltprävention“ ersetzt werden. Genauere Informationen dazu will der Stadtrat nach den US-Präsidentschaftswahlen veröffentlichen, also im November.

Der City Council of Austin in Texas ist nicht ganz so radikal wie die Regierenden von Minneapolis, er beschloss nach Berichten der *Texas Tribune*, das Budget der Polizei um 150 Millionen Dollar – rund ein Drittel des Polizei-Etats – zu kürzen. 150 Planstellen sollen ersatzlos gestrichen werden. Das eingesparte Geld soll in Programme zur „Gewaltprävention“ und für einen besseren Zugang zu Abtreibungen investiert werden.

### **Tagesschau: „Entwicklung könnte Trump in die Karten spielen“**

Die *ARD-Tagesschau* argwöhnt bereits, die aktuelle „Entwicklung könnte Trump in die Karten spielen“. Gemeint sind die bürgerkriegsähnlichen Unruhen und die auffällig polizei-feindlichen Positionen der „Demokraten“. Linke Medien – ob in den USA oder in anderen westeuropäischen Ländern – reagieren inzwischen ganz erschrocken. Sie befürchten, Donald Trump

könnte – allen bisherigen Meinungsumfragen zum Trotz – die nächsten Präsidentschaftswahlen doch wieder gewinnen.

Der jetzige Präsident also, der die extremistische Antifa als Bedrohung für die amerikanische Gesellschaft ansieht und der bereit ist, mit zahlreichen Formationen der Bundespolizei und der United States Guard die Gewaltorgien in den von Demokraten regierten Kommunen rigoros zu beenden. Die lokal und regional regierenden „Demokraten“ brauchten Trump nur darum zu bitten. Dann dürfte in den föderal regierten Vereinigten Staaten nach den Verfassungen auf Bundes- und auf Landesebene die Bundesgewalt einschreiten und dem Chaos ein Ende bereiten.